



Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 06.07.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 23.04.2009, 15:30 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernhard Ensmann	CDU
Herr Hans-Heinrich Lierenfeld	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Wolfgang Simons	CDU
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Ossi Werner Helling	Grüne
Herr Arif Ünal	Grüne
Herr Mark Stephen Pohl	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden	pro Köln
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Helga Eylert	auf Vorschlag der CDU
Frau Antje Fratini	auf Vorschlag der FDP
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Heidelore Puttkamer	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Schneider	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel chenverbandes Köln und Region	Diakonisches Werk des ev. Kir-	bis 17.25 Uhr anwesend
Frau Monika Dierksmeier fahrtsverband	Deutscher Paritätischer Wohl-	
Herr Stefan Kersjes Köln e.V.	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband	
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz	
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertre-	
tung		
Herr Viktor Ostrowski	PHOENIX	
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsge-	von 15.49 Uhr bis 17.10
meinschaft Behindertenpolitik		Uhr anwesend
Frau Carolina Brauckmann		

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Frau Ina-Beate Fohlmeister
Herr Klaus Müller-Starmann
Frau Johanna Preßmar-Cuber
Frau Marita Reinecke
Herr Stephan Santelmann
Herr Michael Schleicher

Schriftführer

Frau Claudia Kutzer

Gäste

Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln
Herr Dr. Seligmann	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kluth, weist auf die aktuelle Tagesordnung hin, in der die fett geschriebenen Punkte neu hinzugekommen sind. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte A., B., C., 3.2, 4.4 – 4.9, 5.1, 6.1, zu 8.1.1, zu 8.1.2, zu 8.1.3, zu 8.1.4, 8.2.1. – 8.2.5, 9.3, 9.4, 10.1, 11.1 – 11.5.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A. Beschluss über das Hinzuziehen von Herrn Müller-Starmann (Geschäftsführers der ARGE) als Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 der GeschO zu allen**

**Beratungen des
Ausschusses für Soziales und Senioren**

0. Beschluss über das Hinzuziehen von Frau Maria Hanisch als Sachverständige gem. § 36 der GeschO zur heutigen Sitzung

B. Beschluss über das Hinzuziehen von Herrn Dr. Seligmann als Sachverständigen zu TOP C. gem. § 36 GeschO

C. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Leistungen von SGB-Maßnahmen - Zwischenergebnis der Evaluation zum Sprungbrett (U 25) und Wege in Arbeit (Ü 25) hier: Präsentation von Herrn Dr. Michael Seligmann

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Rückfrage zu einer Beantwortung einer Anfrage von Herrn Pohl (FDP) zum Thema "CAP - Die Lebensmittelpunkt Märkte"

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Anfrage von Herrn Pohl (FDP) vom 05.03.2009 hier: Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009" 1021/2009

3.2 Beantwortung der Anfrage von Herrn Helling zur Mitteilung der Verwaltung zu 4.7 des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2009 1466/2009

4 Mitteilungen

- 4.1 Verlängerung der Beauftragung des Verbundes gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. um weitere 6 Monate zur Durchführung des Probeversuches zur Wiederverwendung und Wiederverwertung von Sperrmüll
0551/2009
- 4.2 Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten
0760/2009
- 4.3 Tätigkeitsbericht 2008 der Kölner Seniorenvertretung
1037/2009
- 4.4 Ambulante Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen in Köln
1189/2009
- 4.5 Neuorganisation SGB II
1442/2009
- 4.6 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
hier: 2. Halbjahr 2008
1518/2009
- 4.7 Handlungskonzept HILO - hilflose Personen
1512/2009
- 4.8 Erste Auflage des Flyers "Information für wohnungssuchende Menschen mit Behinderung"
1520/2009
- 4.9 Kommentar zum Artikel von Herrn Günter Wallraff im Zeitmagazin
1118/2009

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
1197/2009

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 04/2009
1577/2009

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1. Situation obdachloser Menschen in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.01.2009
AN/0008/2009

Antwort der Verwaltung

1061/2009

8.1.2. Wohn- und Teilhabegesetz
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0305/2009

Antwort der Verwaltung

1114/2009

8.1.3. Bewertungssystematik für Pflegeeinrichtungen
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0306/2009

Antwort der Verwaltung

1273/2009

8.1.4. Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0307/2009

Antwort der Verwaltung

1446/2009

8.1.5. Investitionen in Mietobjekte
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0308/2009

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1. Einkaufsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Köln
AN/0663/2009

8.2.2. Embrace Hotels - integrative Betriebe der Hotellerie
AN/0691/2009

8.2.3. Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln
AN/0700/2009

8.2.4. Kosten der Unterkunft im SGB II
AN/0705/2009

8.2.5. Empfehlungen in Fällen von Nichtvermittelbarkeit
AN/0706/2009

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Fortbildung der Netzwerker/innen in den SeniorenNetzwerken
1006/2009

9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der
Gemeinwesenarbeit 2009: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 1)
1082/2009

9.3 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die

Gemeindeprüfungsanstalt NRW
0258/2009

9.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
1423/2009

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel 2009
1246/2009

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut
5156/2008

11.2 Einrichtung einer Mehrstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten V/3
4935/2008

11.3 Standorterweiterung Nachbarschaftshilfen "Kölsch Hätz"
0858/2009

11.4 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009
1403/2009

11.5 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zur Beschaffung von Hardware
1268/2009

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

12.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht für das Jahr 2008
4670/2008

13 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Beschluss über das Hinzuziehen von Herrn Müller-Starmann (Geschäftsführers der ARGE) als Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 der GeschO zu allen Beratungen des Ausschusses für Soziales und Senioren

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, Herrn Müller-Starmann zu allen Beratungen des Ausschusses für Soziales und Senioren als Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 der GeschO hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

0. Beschluss über das Hinzuziehen von Frau Maria Hanisch als Sachverständige gem. § 36 der GeschO zur heutigen Sitzung

Herr Kluth schlägt vor, dass der Ausschuss zur heutigen Sitzung Frau Hanisch vom Caritasverband als Sachverständige gem. § 36 GeschO hinzuzieht. Er teilt mit, bevor Frau Hanisch ihre geplante Funktion als sachkundige Einwohnerin für den in Elternzeit befindlichen Herrn Krücker wahrnehmen könne, müsse sie in der nächsten Ratsitzung zunächst gewählt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, zur heutigen Sitzung Frau Maria Hanisch als Sachverständige gem. § 36 Abs. 4 der GeschO hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

B. Beschluss über das Hinzuziehen von Herrn Dr. Seligmann als Sachverständigen zu TOP C. gem. § 36 GeschO

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, zu TOP C. Herrn Dr. Seligmann als Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 der GeschO hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

C. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Leistungen von SGB-Maßnahmen - Zwischenergebnis der Evaluation zum Sprungbrett (U 25) und Wege in Arbeit (Ü 25) hier: Präsentation von Herrn Dr. Michael Seligmann

Herr Dr. Seligmann stellt ein Zwischenergebnis der Evaluation über die Maßnahmen „Sprungbrett“ (U 25) und „Wege in Arbeit“ (Ü 25) vor. Die Präsentationsunterlagen werden allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt.

Falls weiterer Bedarf an den Präsentationsunterlagen besteht, wenden Sie sich bitte an das Sekretariat der Geschäftsführung der ARbeitsGEmeinschaft Köln unter Andrea.Gaevert@arge-sgb2.de.

Herr Kluth erklärt, für ihn sei es durchaus positiv, dass von denjenigen, die diese Maßnahmen durchlaufen haben, ca. 40% einen Übergang in Arbeit oder Ausbildung erhalten.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Kluth hält Herr Helling das Ergebnis von 40% bzw. 22% beim Übergang in Arbeit und Ausbildung, bezogen auf die Ergebnisse anderer Untersuchungen, für ganz gut. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, dass es hierbei nur um diejenigen gehe, die die Maßnahme voll in Anspruch genommen haben. Die Tatsache, dass nur 32 % bzw. 48% diese Maßnahme ganz durchgehalten haben, mindere das positive Ergebnis der Maßnahme.

Herr Ensmann unterstützt grundsätzlich solche Maßnahmen, die Menschen eine Chance geben. Es sei jedoch wichtig, dass nach diesen Maßnahmen der Übergang in eine Arbeit oder Ausbildung nahtlos erfolge, da ansonsten alle Bemühungen fruchtlos seien. Herr Ensmann hält die Frage, wie viele Personen auf Dauer in eine Beschäftigung vermittelt werden können, für ein Kernproblem.

Frau Hollmann bittet, die beiden Maßnahmen nach den Teilnehmenden, die einen Migrationshintergrund haben, nochmals nach Geschlecht aufzuschlüsseln. Außerdem seien Angaben über die durchschnittliche Verweildauer und die Verteilung der Standorte für sie interessant.

Im Nachtrag zur Sitzung liefert Herr Dr. Seligmann hierzu folgende Zahlen:

Der Anteil von Teilnehmenden mit Migrationshintergrund in Sprungbrett (U 25) nach Geschlecht beträgt bei den Frauen 33 % bei Männern 35 %.

Der Anteil von Teilnehmenden mit Migrationshintergrund in Wege zur Arbeit (Ü 25) nach Geschlecht beträgt bei den Frauen 48 % und bei den Männern 40 %.

Herr Dr. Seligmann erläutert auf Nachfrage von Herrn Pohl (FDP) das Kriterium der Muttersprache zur Erfassung, ob ein Migrationshintergrund bestehe oder nicht. Dies sei ein besseres Kriterium als die Nationalität eines Menschen.

Zu den vorangegangenen Äußerungen teilt Herr Dr. Seligmann mit, eine Messung des Erfolgs nur anhand aller Teilnehmenden und der erzielten Übergangsquote vorzunehmen, würde den Maßnahmen nicht gerecht werden. Hierzu gibt er nähere Erläuterungen.

Herr Kellner bemerkt, gerade heute sei es leider so, dass viele Menschen zu wenig zum Leben verdienen, so dass nicht aus dem Hilfesystem herausfallen. Aussagen hierüber, ob Menschen z.B. in 400 €-Jobs oder solche Jobs vermittelt werden, bei denen sie immer noch im Hilfebezug bleiben, seien für ihn interessant.

Frau Wilden regt an, zu überlegen, welche Schlüsse man aus den Erkenntnissen ziehe und ob man ggf. bisherige politische Entscheidungen überdenken müsse.

Herr Kersjes weist darauf hin, dass sich diese Maßnahmen überwiegend an integrationsferne Menschen richten. Für ihn sei die Stabilisierung der Menschen und Arbeiten an bestimmten Problemlagen eines der wichtigen Ziele vor der Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt. Er bittet um Auskunft darüber, was die ARGE mit diesen Personen im Anschluss an die Maßnahmen unternehme, wie die ARGE den Erfolg der Maßnahme bewerte und wie der Bedarf eingeschätzt werde.

Herr Müller-Starmann bestätigt, dass es diesen Bedarf gebe und auch weiterhin noch geben werde. Bei unter 25jährigen sei der Bedarf etwas zu hoch und dafür bei den über 25jährigen sei er etwas zu niedrig eingeschätzt worden. Die ARGE werde diese Maßnahme in der ersten Jahreshälfte noch ausschreiben. Die Ergebnisse dieser Evaluation und die Hinweise auf denkbare Veränderungen werde die ARGE in die Ausschreibung als Leistungsbeschreibung einfließen lassen. Dies sei auch der Sinn dieser Evaluation gewesen.

Herr Pohl (FDP) fragt ob es sinnvoll sei, in dem Bereich Ü 25 weitere Differenzierungen bei den Altersgruppen vorzunehmen.

Herr Dr. Seligmann hält dies für nicht sehr sinnvoll und erläutert dies kurz.

Abschließend teilt Herr Dr. Seligmann auf Nachfrage von Herrn Kluth mit, dass es weitere Untersuchungen im Laufe dieses Jahres geben werde. Für Anfang nächsten Jahres sei ein Ergebnisbericht über den gesamten Zeitraum vorgesehen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Rückfrage zu einer Beantwortung einer Anfrage von Herrn Pohl (FDP) zum Thema "CAP - Die Lebensmittelpunkt Märkte"

Herr Pohl (FDP) nimmt Bezug auf die Anfrage der FDP aus der Sitzung am 09.08.2007 zum Thema „CAP – Die Lebensmittelpunkt-Märkte“ (A/0305/2007) und die Antwort der Verwaltung (3152/2007).

Er erklärt, die Verwaltung habe damals mitgeteilt, dass die Gemeinnützigen Werkstätten Köln (GWK) Interesse daran haben, in Köln einen CAP-Lebensmittelpunkt-Markt als Integrationsbetrieb zu führen. Die Träger seien auf der Suche nach geeigneten Standorten gewesen. Herr Pohl bittet hierzu um eine aktuelle Sachstandsmitteilung.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Anfrage von Herrn Pohl (FDP) vom 05.03.2009 hier: Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009" 1021/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung der Anfrage von Herrn Helling zur Mitteilung der Verwaltung zu 4.7 des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2009 1466/2009

Auf Nachfrage von Herrn Helling bestätigt Frau Bredehorst, dass die Dringlichkeitsstufe der Wohnungssuchenden bei der Akzeptanz der Vermietervorschläge seitens der Stadt in der neuen Regelung keine Rolle mehr spiele.

4 Mitteilungen

4.1 Verlängerung der Beauftragung des Verbundes gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. um weitere 6 Monate zur Durchführung des Probeversuches zur Wiederverwendung und Wiederverwertung von Sperrmüll 0551/2009

Herr Pohl (FDP) fragt, ob die geplante Umbaumaßnahme im Abfallcenter nicht bekannt gewesen sei, wie hoch die hierdurch entstehenden Mehrkosten seien und ob die Verwaltung eine Aussage darüber machen könne, welche Mengen an Sperrmüll erfasst worden seien.

Herr Winkels erklärt, die Mehrkosten seien nicht bekannt. Kosten entstehen dem Möbelverbund jedoch nicht. Die Verwaltung habe zusammen mit dem Möbelverbund drei Verbesserungsmaßnahmen beschlossen. Zukünftig werde demnach der Möbelverbund auch freitags und samstags Sperrmüllsammlungen anfahren, Zugriff auf Sperrmüllboxen bei Großwohnanlagen erhalten und bei an der Straße stehenden Sperrgutsammlungen eine vorherige Informationen erhalten, um diese Sammlungen vor den AWB anzufahren.

4.2 Wohngeld - zeitnahe Bearbeitungszeiten 0760/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.3 Tätigkeitsbericht 2008 der Kölner Seniorenvertretung 1037/2009

Da der Bericht der Seniorenvertretung als Tischvorlage vorliegt, wird diese Mitteilung auf die nächste Sitzung vertagt.

4.4 Ambulante Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen in Köln 1189/2009

Frau Bredehorst weist in diesem Zusammenhang auf eine Beschlussvorlage der Verwaltung zum Thema Finanzierung der Wohnraumberatung wohnmobil hin. Die Finanzierung des Landes sei sehr plötzlich beendet worden. Um dieses Projekt nicht auslaufen zu lassen, biete die Verwaltung an, es selbst weiterzufinanzieren.

Frau Bredehorst erklärt, die Verwaltung habe hierzu eine Beschlussvorlage vorbereitet. Diese sei jedoch noch im Mitzeichnungsverfahren. Sie bedauert, dass die Vorlage nicht rechtzeitig zum heutigen Ausschuss schlussgezeichnet werden konnte. Frau Bredehorst schlägt vor, die Vorlage nach Schlusszeichnung den sozialpolitischen Sprechern zuzuleiten und dann direkt in den Finanzausschuss und den Rat zur Beratung zu geben.

Herr Kluth erklärt, es handele sich hier um ein grundsätzliches Problem, das eine finanzpolitische Prüfung erfordere. Er stellt klar, dass die Weiterführung der Wohnraumberatung inhaltlich für ihn kein Problem darstelle.

Frau Dierksmeier betont, eine Zusage der Kostenübernahme durch die Stadt sei deshalb erforderlich, da ansonsten eine Zusage der Pflegekassen nicht erfolge. Der-

zeit sei beabsichtigt, dass ab dem 01.06.2009 eine Finanzierung zu 50% über die Pflegekassen und zu 50% über die Stadt Köln erfolgen solle. Sie stimmt der Einschätzung von Herrn Kluth zu, dass die Stadt hier in eine wegfallende Landesförderung eintrete, andererseits profitieren die Stadt und die Pflegekassen auch von der Arbeit der Wohnraumberatung.

Herr Ensmann weist darauf hin, die finanzielle Situation sei derzeit insgesamt nicht erfreulich. Andererseits unterstützt er auch die Ausführungen von Frau Dierksmeier. Hier sei innerhalb der Fraktionen eine genaue Abwägung erforderlich.

Herr Helling schließt sich den Ausführungen von Herrn Kluth an. Herr Helling ist der Auffassung, dass eine fachliche und inhaltliche Diskussion im Ausschuss für Soziales und Senioren sehr wichtig sei, da er befürchtet, dass im Finanzausschuss nicht mehr fachlich diskutiert werde.

Frau Kleinpaß-Börschel schließt sich den bisherigen Ausführungen an und teilt mit, die Seniorenvertretung werde sich ganz deutlich für den Erhalt der Wohnraumberatung aussprechen.

Frau Bredehorst äußert Verständnis für das von Herrn Helling dargestellte Problem, allerdings sei das Auslaufen der Landesförderung zum 01.06.2009 definitiv. Daher sei Entscheidung in der Ratssitzung am 05.05.2009 notwendig.

4.5 Neuorganisation SGB II 1442/2009

Herr Ensmann hält den Brief des Bundesministers an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften für nicht angemessen.

4.6 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hier: 2. Halbjahr 2008 1518/2009

Zu Seite 203, **Generationenübergreifendes Wohnen in Köln**, fragt Herr Helling, ob es zutreffend sei, dass für mehr als diese fünf Projekte keine weiteren städtischen Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Schleicher bestätigt diese Auffassung.

Zu Seite 207, **Wiedereinführung des Köln-Passes**, fragt Herr Kellner zur Öffentlichkeitsarbeit, ob die Plakat-Aktion in den KVB-Zügen tatsächlich stattgefunden habe.

Herr Santelmann teilt mit, diese Aktion habe nicht, wie im Halbjahresbericht angekündigt, im März stattgefunden. Die Sozialverwaltung bereite mit dem Presseamt nun für den Sommer diese Aktion vor. Anschließend werde der Ausschuss informiert.

Zu Seite 209, **Sozialtarife für Strom- und Gasbezug**, fragt Herr Helling ob es zur den konkreten Projektplanungen aus Januar 2009 eine Berichterstattung gegeben habe.

Herr Santelmann teilt mit, die Gespräche mit der GAG und der RheinEnergie AG seien noch nicht so weit abgeschlossen, dass die Verwaltung darüber berichten konnte. Die RheinEnergie AG kläre derzeit ihre Finanzierungsbeteiligung. Hierzu werde es im Mai das nächste Gespräch geben. Nach Abschluss der Gespräche werde die Verwaltung berichten.

Die Ausschussmitglieder stimmen darin überein, dass der Beschluss auf Seite 216, **Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren und –beratungsstellen**, umgesetzt und damit erledigt sei.

Zu Seite 219, **Bildung von Pflegestützpunkten in Köln**, fragt Herr Ensmann nach dem aktuellen Sachstand und den weiteren Planungen.

Herr Santelmann erklärt, der Einrichtungsbeschluss liege inzwischen vor. Derzeit laufen landesweit Gespräche zwischen den Pflegekassen und den Kommunen, für Köln sei dieses Gespräch auf den 05.05.2009 terminiert.

Herr Santelmann ergänzt, grundsätzlich sei es vorgesehen, die Pflegestützpunkte in einem Verhältnis von 2:1 einzurichten, d.h. auf zwei Stützpunkte unter der Federführung der Kassen komme eine unter der Federführung der Stadt. Nähere Informationen könne er zurzeit noch nicht geben.

Zu Seite 228, **Sanierung und Umbau von Sozialhäusern**, gibt Herr Schleicher einen kurzen Überblick zum aktuellen Sachstand der Sanierungen. Nach der Sommerpause werden sich sechs Objekte im praktischen Bau befinden.

Zu Seite 233, **Beschäftigungsoffensive für Köln**, fragt Herr Helling zur Punkt VII. Flankierende Maßnahmen bei der Stadt Köln, wie die Zeitplanung für das Gesamtprogramm aussehe.

Frau Bredehorst teilt mit, die Federführung habe Dezernat III (Wirtschaft und Liegenschaften), das derzeit an der Erstellung des Gesamtprogramms arbeite.

Zu Seite 236, **Weiterentwicklung der ARGE Köln**, berichtet Herr Müller-Starmann, die Zwischenergebnisse werden in den nächsten 14 Tagen vorliegen. Die Enduntersuchung sei Anfang 2010 beendet.

Zu Seite 238, Sicherung des Möbelverbundes, teilt Herr Santelmann mit, die angekündigte Vorlage über das Konzept von second-hand-Läden / Sozialkaufhäusern werde die Verwaltung in der nächsten Sitzung dem Ausschuss vorlegen.

Die Ausschussmitglieder stimmen darin überein, dass der Beschluss zu Seite 239, **Hearing Straffälligenhilfe**, umgesetzt und damit erledigt sei.

4.7 Handlungskonzept HILO - hilflose Personen 1512/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.8 Erste Auflage des Flyers "Information für wohnungssuchende Menschen mit Behinderung" 1520/2009

Herr Ladenberger lobt den Flyer „Information für wohnungssuchende Menschen mit Behinderung“. Er fragt, ob es für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder mit einer psychischen Beeinträchtigung nur die zentrale Rufnummer der Stadt gebe. Außerdem bittet er um Informationen und Zahlen zu der Entwicklung von barrierefreiem Wohnraum.

Frau Reinecke teilt mit, eine zentrale Rufnummer sei zunächst deshalb angegeben worden, da man noch keine Vorstellung über den tatsächlichen Bedarf habe. Die weitere Entwicklung sei zu beobachten. Es gebe für alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des Wohnungsamtes Informationen und entsprechende Weiterbildungen. Ziel sei es, Wohnungen in den gewünschten Regionen zu vermitteln.

Informationen über die Entwicklung von barrierefreiem Wohnraum werde die Verwaltung zur nächsten Sitzung vorlegen.

4.9 Kommentar zum Artikel von Herrn Günter Wallraff im Zeitmagazin 1118/2009

Herr Ensmann kritisiert, dass Herr Wallraff nicht recherchiert habe, wie das Hilfesystem in Köln aussehe.

Frau Blümel teilt mit, die Schilderungen von Herrn Wallraff über die Bahnhofsmision habe man überprüft und festgestellt, dass hieran fast nichts stimme. Das Ehrenamts-team der Kölner Bahnhofsmision sei über den Artikel sehr betroffen gewesen und habe einen offenen Brief an Günter Wallraff verfasst, der als **Anlage** der Niederschrift beigefügt werde.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 1197/2009

Frau dos Santos Herrmann fragt, ob die ARGE in Zusammenarbeit mit dem Personal- und/oder dem Organisationsamt der Stadt Köln Lösungen finden könne, um das Problem der Fluktuation in den Griff zu bekommen.

Frau Bredehorst verweist hierzu auf die gestrige Beiratssitzung der ARGE, bei der dieses Thema bereits ausführlich diskutiert wurde und fasst nochmals die Hauptprobleme bei der Fluktuation zusammen. Insgesamt habe sich die Situation erheblich verbessert. Die Fluktuation habe sich auf ein Normalmaß verringert.

Zu den Eingliederungsmitteln bittet Herr Dr. Schulz um Informationen zur Art und Struktur der Mittelbindung, welche Auswirkungen die Mittelbindung auf Förderungen habe und ob bei dieser hohen Mittelbindung von 93% in diesem Jahr überhaupt noch freie Förderungen oder Förderungen wie z.B. „Fit für den Job“ möglich seien. Herr Dr. Schulz bittet weiterhin um Auskunft, ob die ARGE auf Grund des sich verstärkenden Einbruchs am Arbeitsmarkt noch Möglichkeiten habe, hierauf zu reagieren.

Herr Müller-Starmann erklärt hierzu, die Mittelbindungen resultieren zum Teil aus den Anstrengungen des letzten Jahres, einen möglichst großen Teil des Eingliederungstitels sinnvoll zu verausgaben. Dies habe in diesem Jahr zu Mittelbindungen geführt, die über das normale Maß hinaus gehen. Bei der Ausgabesituation befinde man sich genau innerhalb der Zielvorstellung.

Herr Müller-Starmann teilt mit, es sei jetzt schon erkennbar, dass man einen weiteren Betrag in den Eingliederungstitel in Höhe von 4 Mio. € als zusätzliche Mittelzuweisung für den Verwaltungshaushalt übernehmen könne.

Herr Müller-Starmann erläutert weiter, die Mittelbindungen verteilen sich quer durch das gesamte Spektrum, jedoch am wenigsten in Richtung noch nicht eingekaufter Maßnahmen oder freier Förderung. Die ARGE befinde sich in einem sehr ernsthaften, intensiven wöchentlich stattfindenden Planungsprozess. Er sei zuversichtlich, dass die ARGE das Jahr 2009 mit großen Planungsanstrengungen, aber grundsätzlich guten Ergebnissen meistern werde.

Zu dem Aspekt der zunehmenden Arbeitslosigkeit erklärt Herr Müller-Starmann, mit dem Stand vom 31.03.2009 seien noch keine Auswirkungen bei der ARGE zu verzeichnen gewesen. Zurzeit habe die ARGE immer noch die gleiche, sehr gute Integrationsquote.

Herr Dr. Schulz fragt ob es Bestrebungen gebe, den Eingliederungszuschuss im SGB II zu kürzen oder einzustellen.

Herr Santelmann gibt zunächst einen kurzen Überblick über den Stand der aktuellen Gespräche zwischen der Geschäftsführung der ARGE, der Sozialverwaltung und

Herrn Welters, Agentur für Arbeit. Über die Ergebnisse der Gespräche werde der Ausschuss für Soziales und Senioren informiert.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 04/2009 1577/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht der Behindertenbeauftragten ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Situation obdachloser Menschen in Köln hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.01.2009 AN/0008/2009

Antwort der Verwaltung 1061/2009

Herr Pohl (FDP) bittet zu den vorgestellten Informationswegen unter Punkt 3., die Zielgruppe der Internetseite von wohnungslos-in-koeln.de darzustellen und wie diese erreicht werden könne. Außerdem bittet er um Angabe der entstehenden Kosten. Zu Bank-Extra bittet Herr Pohl, um Angabe der Höhe der finanziellen Förderung durch die Stadt Köln.

Die Verwaltung sagt zur nächsten Sitzung eine schriftliche Beantwortung zu.

8.1.2 Wohn- und Teilhabegesetz

**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0305/2009**

**Antwort der Verwaltung
1114/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die vorliegende schriftliche Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**8.1.3 Bewertungssystematik für Pflegeeinrichtungen
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0306/2009**

**Antwort der Verwaltung
1273/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die vorliegende schriftliche Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**8.1.4 Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0307/2009**

**Antwort der Verwaltung
1446/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen die vorliegende schriftliche Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**8.1.5 Investitionen in Mietobjekte
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.03.2009
AN/0308/2009**

Die Verwaltung wird diese Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

8.2 Aktuelle Anfragen

**8.2.1 Einkaufsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Köln
AN/0663/2009**

Die Verwaltung wird diese Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

**8.2.2 Embrace Hotels - integrative Betriebe der Hotellerie
AN/0691/2009**

Die Verwaltung wird diese Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

**8.2.3 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln
AN/0700/2009**

Die Verwaltung wird diese Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

**8.2.4 Kosten der Unterkunft im SGB II
AN/0705/2009**

Die Verwaltung wird diese Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

**8.2.5 Empfehlungen in Fällen von Nichtvermittelbarkeit
AN/0706/2009**

Die Verwaltung wird diese Anfrage voraussichtlich zur nächsten Sitzung beantworten.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

**9.1 Fortbildung der Netzwerker/innen in den SeniorenNetzwerken
1006/2009**

Herr Ensmann merkt an, dass hier nach der Verteilung der Mittel ein Restbetrag in Höhe von 618 € verbleibe. Er hält es für besser, künftig die Mittel restlos zu verteilen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, dass aus den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen, Mittel für die Fortbildung von Netzwerker/innen in den Kölner SeniorenNetzwerken in Höhe von 6.000 € an den Caritasverband für die Stadt Köln e.V., federführend für die Liga der Kölner Wohlfahrtsverbände, ausgezahlt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit 2009: Fördervorschläge der Verwaltung (Teil 1) 1082/2009

Herr Kluth erklärt seine Befangenheit zum Fördervorschlag Nr. 17 und nimmt an der Beratung und Abstimmung hierzu nicht teil.

Herr Ensmann merkt an, in der Vorlage werde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Verwaltung von Einnahmen ausgehe. Er bittet um Erläuterung des Verfahrens zur Überprüfung der Einnahmenseite.

Frau Bredehorst teilt mit, es handele sich hierbei um eine sehr niedrigschwellige Förderung. Selbstverständlich werde die Verwaltung bei der Prüfung der Verwendung der Zuschüsse ebenfalls die Einnahmenseite genau überprüfen.

Herr Kluth stellt zunächst die Abstimmung über den Fördervorschlag Nr. 17 zur Abstimmung.

1. Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt den unter Nr. 17 genannten Zuschuss zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit gemäß der beigefügten Anlage 1*.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuschuss im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht beigefügt.*

Abstimmungsergebnis zu 1. :

einstimmig zugestimmt

Herr Kluth nimmt an dieser Abstimmung nicht teil.

2. Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt Zuschüsse (außer Nr. 17) zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit gemäß der beigefügten Anlage 1*.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht beigefügt.*

Abstimmungsergebnis zu 2. :

einstimmig zugestimmt

9.3 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 0258/2009

Herr Kluth erklärt, er stimme der Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht zu. Er schlägt vor, Punkt 1 der Beschlussfassung des Rechnungsprüfungsausschusses zu folgen.

Herr Ensmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung inhaltlich voll unterstütze.

Herr Helling unterstützt den Vorschlag von Herrn Kluth. Es sei positiv, dass die Stadt Köln bei den landesweiten Prüfungen im Großen und Ganzen gut abgeschnitten habe.

Herr Kellner äußert sich erstaunt über die Härte der Kritik im Prüfungsbericht und ist der Auffassung, dass diese Kritik nicht ohne weiteres so stehen bleiben könne.

Frau Bredehorst verweist auf eine gemeinsame Sitzung des Stadtvorstandes mit dem Gemeindeprüfungsamt und der Bezirksregierung und fasst kurz dortige Diskussion zusammen. Die Stellungnahme der Stadt mache den Standpunkt der Verwaltung nochmals deutlich.

Abschließend stellt Herr Kluth den Punkt 1 des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt den Prüfbericht „Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 der Gemeindeprüfungsanstalt NRW“ sowie die Stellungnahme der Verwaltung gem. § 105 GO NRW zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 1423/2009

Beschluss:

Von den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel für Antirassismus-Training in Höhe von 50.000,00 € werden in 2009 in einem zweiten Schritt Mittel in Höhe von **18.195,00 €** wie folgt verteilt:

10.000,00 €

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln für

- 1) Durchführung und Dokumentation der Tagung „Die Erfindung der Deutschen. Rezeption der Varusschlacht und die Mystifizierung der Germanen“ für insbesondere pädagogisch tätige Multiplikator/innen zur Auseinandersetzung mit der Bedeutung der Geschichte und der Geschichtsvermittlung in Hinblick auf Entstehung von rechtsextremen Ideologien und zur Förderung des sicheren Umgangs mit aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus (insgesamt 8.000,00 €)
- 2) Durchführung von Workshops und Seminaren im Rahmen der Ausstellung „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen – Nordrhein-Westfalen für Demokratie und Menschlichkeit“ in Form von
 - a) Workshops zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus für Schülerinnen und Schüler
 - b) Multiplikatorenschulung : Bildungsarbeit gegen Antisemitismus
 - c) Lehrerfortbildung: Methoden in der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus (insgesamt 2.000,00 €)

2.800,00 €

„köln kickt“ und das Netzwerk „1:0 Kultur gegen Rassismus“ für die Durchführung einer Fortbildung zum Thema Rassismus zur Herstellung einer Basiskompetenz für die alltägliche Antirassismuserbeit in den Stadtteilen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie jungen Menschen aus dem köln kickt Liga Club

- 2.500,00 €** Don-Bosco-Club Köln für die Ausbildung zu Respekt-Toleranz-Teamern, bestehend aus Entwicklung, Umsetzung und Erprobung eines Schulungskonzeptes für eine antirassistische Integrationsarbeit mit Hilfe des Mediums Sport, in der 1. Projektphase durch eine Sensibilisierung von sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund mittels
- Antirassismuserfahrung/Antirassismus-Trainings im Rahmen von niederschweligen Sportangeboten und mind. 1 Großevent in Köln-Mülheim,
 - Workshop zur weiteren Sensibilisierung und für weitere Trainingseinheiten im Rahmen der christlich-muslimischen Friedensinitiative
 - Vernetzungsaktivitäten
- 1.380,00 €** Jugendtreff Vingst des „Internationaler Verein für Frieden und Gerechtigkeit Pro Humanitate e.V.“ für das Projekt „Migrantenjugendliche und –erwachsene als Multiplikatoren (Jugendgruppenleiter) für Jugendarbeit mit Migranten“ bestehend
- aus
- Heranführung an andere Religionen und Kulturen durch gemeinsame soziale Gruppenarbeit, gegenseitige Besuche sowie gemeinsam konzipierte und durchgeführte Veranstaltungen von Migrantengruppen und „Einheimischen“
 - Heranführung an Aktivitäten gegen Rassismus
 - Vermittlung von pädagogischen Methoden und Durchführung von Planspielen
- 850,00 €** wir für pänz e.V. für das Projekt „Miteinander respektvoll umgehen“ bestehend aus
- Gruppentraining für Kinder und Jugendliche in der Jugendeinrichtung Klingelpütz zur Sensibilisierung zum Thema Diskriminierung und zum Einüben von Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung im Alltag
 - flankierende Fortbildung für Bezugspersonen der Kinder und Jugendlichen
- 665,00 €** Förderverein der Städtischen Gemeinschaftsgrundschule Erlenweg e.V. für das „Capoiera-Projekt“ zur Erziehung von Schülerinnen und Schülern der Klassen 3 und 4 zum gewaltfreien
- und respektvollen Umgang in einer multikulturellen Schulgemeinschaft durch Kampf-Tanz-Spiel „Capoiera“ in Form von Training und Vorführungen, in diesem Rahmen insbesondere durch Verarbeitung von Gewalt- und Rassismuserfahrungen, Sensibilisierung für Ausdruckformen anderer Kulturen und Abbau von Vorurteilen

Die geförderten Träger sollen in einem kurzen Erfahrungsbericht erzielte oder erwartete Wirkungen darstellen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel 2009 1246/2009

Herr Ensmann bittet nach Abschluss des Programms um eine Zusammenstellung über die einzelnen Zuschüsse.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

Nachfolgend stellt Herr Kluth die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2009 Zuschüsse an die in der Begründung des Beschlussvorschlags aufgeführten Träger in Höhe von 73.487 € zu leisten.

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der vorgenommenen Mittel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut 5156/2008

Herr Kluth bittet die Vorlage auf die nächste Sitzung zu vertagen, da Beratungsbedarf bei der SPD-Fraktion bestehe.

Die Mitglieder des Ausschusses sind damit einverstanden, die Beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

11.2 Einrichtung einer Mehrstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten V/3 4935/2008

Herr Ensmann kritisiert die Formulierung in der Vorlage, dass sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu der aktivsten und wirkungsvollsten Stadtarbeitsgemeinschaft entwickelt habe. Herr Ensmann weist darauf hin, dass es mehrere Stadtarbeitsgemeinschaften gebe, die ebenfalls sehr gut arbeiten. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich um mehr Sensibilität.

Des Weiteren hält Herr Ensmann die Aufzählung der Aufgaben, die mit der zusätzlichen Stelle erledigt werden sollen, für nicht eindeutig. Seinem Verständnis nach, sei es mit nur einer zusätzlichen Stelle immer noch nicht möglich, die überregionale Zusammenarbeit, die Nutzung des Wissenschaftsstandortes Köln und die Beteiligung an EU-Projekten zu realisieren. Er bittet hierzu um Erläuterung.

Frau Bredehorst bittet die Formulierung in der Hinsicht zu korrigieren, dass es sich bei der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nicht um die aktivste sondern um eine der aktivsten Stadtarbeitsgemeinschaften handle. Weiterhin erläutert Frau Bredehorst, dass die dargestellten Aufgaben der überregionalen Zusammenarbeit, Nutzung des Wissenschaftsstandortes Köln sowie die Beteiligung an EU-Projekten zwar wahrgenommen werden, jedoch nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Herr Helling erklärt, fachlich und inhaltlich könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieser Vorlage folgen. Eine einheitliche Fraktionsmeinung liege jedoch noch nicht vor, daher werde sich seine Fraktion bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Herr Pohl (FDP) erklärt, er sei erfreut über die Beschlussvorlage und die Zusetzung dieser Stelle.

Herr Ensmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion dieser Vorlage ebenfalls zustimmen werde.

Frau Reinecke betont, eine Konkurrenz zwischen den Stadtarbeitsgemeinschaften sei mit der Formulierung in der Beschlussvorlage nicht beabsichtigt gewesen. In den letzten Jahren sei eine Menge an Aufgaben auf das Büro der Behindertenbeauftragten hinzugekommen. Daher müsse man immer wieder feststellen, dass gewisse Aufgaben liegengelassen werden müssen oder nicht vollständig ausgeführt werden können.

Frau Reinecke ist der Auffassung, dass die Behindertenpolitik in Köln in starkem Maße von der Zusetzung dieser Stelle profitieren könne. In Bereichen wie der EU-Projekte oder der Zusammenarbeit könne man mit dieser Stelle weiter vorankommen.

Herr Kluth stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme der folgenden Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt beschließt die Einrichtung einer Mehrstelle Verwaltungsangestellte/r EG 12 (VGr. III/II Fg. 1a/1e) bzw. BGr. A 12 BBO im Büro der Behindertenbeauftragten zum Stellenplan 2010 für die schwerpunktmäßige Projektbetreuung der Themenbereiche „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ und „barrierefreier Tourismus“, sowie für die Ausschreibung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik. Die kurzfristige Besetzung der Stelle erfolgt unter der Maßgabe der Bereitstellung einer (haushaltsneutralen) verwaltungsinternen Kompensation.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

11.3 Standorterweiterung Nachbarschaftshilfen "Kölsch Hätz" 0858/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme der folgenden Beschlussvorlage:

Zur Förderung von Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtteilen Kölns wird die Verwaltung ermächtigt, den Nachbarschaftshilfen „Kölsch Hätz“ für die Standorterweiterung einen Zuschuss in Höhe von 70.000 € im Hj. 2009 zur Verfügung zu stellen.

Der Rat beschließt hierzu einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwand in Höhe von 70.000 € im Teilergebnisplan 0101, Innere Verwaltung, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, Hj. 2009.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksamen Wenigeraufwand in Höhe von 70.000 € im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.4 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für

**das Jahr 2009
1403/2009**

Da die Sitzung des Integrationsrates erst am 27.04.2009 stattfindet, schlägt Frau dos Santos Herrmann vor, die Abstimmung unter dem Vorbehalt vorzunehmen, dass der Integrationsrat keine Änderungen beschließt.

Frau Wilden kritisiert die Förderung des Vereins Kölner Appell gegen Rassismus.

Herr Kluth stellt die Beschlussvorlage unter dem von Frau dos Santos Herrmann vorgeschlagenen Vorbehalt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme der folgenden Beschlussvorlage unter dem Vorbehalt, dass der Integrationsrat in seiner Sitzung dieser Beschlussvorlage ohne Änderungen zustimmt:

Der Rat beschließt,

1. die Freigabe der über den politischen Veränderungsnachweis zum Doppelhaushalt 2008/2009 zugesetzten interkulturellen Fördermittel in Höhe von 60.000 €,
2. die Verteilung der bei gleicher Haushaltsposition veranschlagten Fördermittel in Höhe von 343.700 € für die Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009 gemäß Anlagen 2.1 – 2.3, sowie
3. eine Anschubfinanzierung bereits vor Anerkennung als Interkulturelles Zentrum gemäß Anlage 3*.

** Diese Anlage wird nicht mehr mit der Niederschrift umgedruckt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.5 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zur Beschaffung von Hardware
1268/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme der folgenden Beschlussvorlage:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2009 eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 347.601,07 € in Teilfinanzplan 0501, Soziale Hilfen, bei den in Zeile 9 veranschlagten Mitteln für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Beschaffung von Computer-Hardware im Amt für Soziales und Senioren.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen bei zu übertragenden Auszahlungsermächtigungen aus Vorjahren in Teilfinanzplan 1101, Ver- und Entsorgung, in Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

**12.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht für das Jahr 2008
4670/2008**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

13 Anfragen

genehmigt:

(Beigeordnete)

(Vorsitzender)

(Schriftführerin)